

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten André Hüttemeyer (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens der Landesregierung

Wasserstoffimporte und Klimaneutralität: Steht die Strategie der Landesregierung auf tönernen Füßen?

Anfrage des Abgeordneten André Hüttemeyer (CDU), eingegangen am 20.02.2023 - Drs. 19/639 an die Staatskanzlei übersandt am 23.02.2023

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens der Landesregierung vom 08.03.2023

Vorbemerkung des Abgeordneten

Die die Landesregierung tragenden Parteien haben angekündigt, Niedersachsen bis zum Jahr 2040 klimaneutral machen und bis 2030 bereits eine Senkung der Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 um mindestens 75 % erreichen zu wollen. Dazu soll neben einer Ausbauoffensive für Wind- und Solarenergie der Import von Grünem Wasserstoff beitragen. Auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz betrachtet Wasserstoff als ein „Schlüsselement für die Energiewende“, u. a. mit einem „Fokus auf solchen Bereichen, die ... sich - nach derzeitigem Stand der Technik - nicht anders dekarbonisieren lassen, wie bestimmte Industrie- und Verkehrsbereiche“.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young hat am 09.07.2021 festgestellt, dass „Industrie und Verkehr ... viel mehr Wasserstoff (brauchen), als Deutschland mit Grünem Strom herstellen kann. Ohne H₂-Importe wird die nachhaltige Integration von Wasserstoff in die Wertschöpfungsketten der Industrie nicht gelingen.“

Im *Handelsblatt* vom 13.01.2023 kamen verschiedene Experten zu Wort, die ein schnelles Hochlaufen der Wasserstoffherzeugung und -importe infrage stellten. Ein Experte des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) rechnet vor, dass das von der Bundesregierung vorgegebene Zehn-Gigawatt-Ziel für Grünen Wasserstoff bis 2030 in Deutschland allenfalls 1 bis 2 % des Endenergiebedarfs abdecken würde. Er erwartet darüber hinaus nicht, dass „Wasserstoffimporte bereits 2030 einen nennenswerten Beitrag zur Deckung des Bedarfs decken können“, und betrachtet die „Entwicklung des Imports (als) die große Unbekannte beim Wasserstoff-Hochlauf.“ Seiner Einschätzung nach werde „sich erst in den 2030er-Jahren ein weltweiter Wasserstoffmarkt“ entwickeln. Nach Aussage des globalen Leiters des Bereichs Klima und Nachhaltigkeit beim Wirtschaftsprüfungs- und Consulting-Unternehmen Deloitte, „besteht die Gefahr, dass sich der Bedarf des Jahres 2030 nicht decken lässt“. Ähnliche Zweifel äußert im *Handelsblatt*-Beitrag ein Professor für Public Policy an der Universität Erfurt.

Vorbemerkung der Landesregierung

Die Landesregierung sieht einen deutlich beschleunigten Ausbau der Erzeugung von Strom und Wasserstoff aus erneuerbaren Energiequellen als grundlegende Voraussetzung für den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energien und die Reduktion der damit verbundenen Treibhausgasemissionen. Daher ist die Förderung der Wasserstoffwirtschaft auch Teil der vom Land Niedersachsen gegründeten Task Force Energiewende. Zusätzlich zur inländischen Erzeugung werden Niedersachsen und Deutschland auch künftig auf Energieimporte angewiesen sein, die aber zunehmend aus erneuerbaren Energiequellen stammen werden. Neben dem direkten Stromaustausch mit Nachbarländern wird in Zukunft auch der Import von Grünem Wasserstoff und daraus hergestellter Energieträger eine

immer größere Rolle für die klimaneutrale Energieversorgung Niedersachsens und Deutschlands spielen.

1. Von welcher Entwicklung der inländischen Erzeugung sowie der Importe von Wasserstoff geht die Landesregierung bei ihren Planungen zur Senkung der Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 um mindestens 75 % bis 2030 und zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 aus (bitte konkrete Mengen angeben)?

Sowohl die künftige inländische Erzeugung als auch die Entwicklung des Imports von Grünem Wasserstoff sowie daraus hergestellter Energieträger hängt von einer Reihe von Faktoren, Einflussgrößen und Handlungsbedingungen in der Zukunft ab, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht verlässlich eingeschätzt werden können. Darüber hinaus wird auf die Antworten zu den Fragen 10 und 13 der Kleinen Anfrage zur schriftlichen Beantwortung in der Drucksache 18/10142 verwiesen.

2. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, sofern sich herausstellen sollte, dass die inländische Erzeugung sowie die Importe von Wasserstoff sich nicht so schnell entwickeln, wie dies zur Erreichung der selbstgesteckten Treibhausgasmindestziele erforderlich wäre?

Die Landesregierung setzt sich bereits jetzt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dafür ein, dass ein zügiger Hochlauf der Grünen Wasserstoffproduktion sowie zeitgleich der Aufbau einer leistungsfähigen Import- und Transportinfrastruktur für Wasserstoff in Niedersachsen gelingt. Diesen fördern Bund und Land im Rahmen der IPCEI-Projekte mit mehr als 2,4 Milliarden Euro. Weitere Förderungen sind denkbar. Zugleich wird von der Landesregierung wie von der Bundesregierung ein wertschöpfungskettenübergreifender Ansatz zur Förderung von Investitionen in die inländische Erzeugung, Anwendung, Speicherung und Transport von Grünem Wasserstoff verfolgt. In diesem Zusammenhang wird auf die Antwort zu Frage 3 der Kleinen Anfrage zur schriftlichen Beantwortung in der Drucksache 19/404 verwiesen.

3. Findet ein regelmäßiger Abgleich der tatsächlichen Entwicklung der inländischen Erzeugung sowie der Importe von Wasserstoff, der Verfügbarkeit von Wasserstoff in Niedersachsen sowie der Bedarfe, die sich aus den Treibhausgasmindestzielen der Landesregierung ergeben, statt? Liegen gegebenenfalls schon erste Ergebnisse vor?

Die konkrete, quantitative Entwicklung des Bedarfs, der inländischen Erzeugung sowie des Imports von Grünem Wasserstoff in Niedersachsen ist aufgrund einer Vielzahl von Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren derzeit nicht verlässlich abzuschätzen. Insofern fokussiert die Landesregierung ihre Bemühungen darauf, Niedersachsen als zentralen Standort für Erzeugung, Import und Verteilung der deutschen und europäischen Wasserstoffwirtschaft zu etablieren. Die große Anzahl an niedersächsischen Wasserstoffprojekten, die für eine Förderung im Rahmen des sogenannten „IPCEI Wasserstoff“ ausgewählt wurden, macht deutlich, dass sich Niedersachsen diesbezüglich auf einem erfolgversprechenden Weg befindet.